Freie Liste Gsies

Bürgerinfo

Mitteilungsblatt der Freien Liste Gsies April 2014 Nr. 06

FLG ist nicht für alles verantwortlich

Ja, es gibt sie noch die Freie Liste Gsies (FLG). Nicht zum Trotz oder zum Leidwesen der Gsieser Bürgerinnen und Bürger, sondern weil es uns mehr denn je braucht! Die uns zugewiesene Oppositionsarbeit beinhaltet vor allem Kontrolle der Machtausübenden, Kontrolle bei den Geldzuweisungen, Beschlüssen und Entscheidungen der Gemeindeverwaltung. So gesehen dürfte also nichts mehr schief laufen im schönen Gsies - eine FLG, die alles kontrolliert, die protestiert, die Verbesserungsvorschläge einbringt, die Beschlussanträge und Anfragen einreicht und ... Doch die Realität lehrt uns eines Besseren: Die Machthabenden vertragen weder Kritik noch oppositionelles Gedankengut. Verwöhnt von jahrzehntelangen Mehrheitsverhältnissen hat die SVP nie gelernt, wie man mit Andersdenkenden umzugehen hat.

Wir sind nicht für alles verantwortlich was in Gsies passiert oder nicht passiert, die Verantwortung trägt die Mehrheitspartei! Sie allein entscheidet über das gute oder schlechte Wetter. Leider wurden viele Beschlüsse der FLG niedergestimmt, zurückgewiesen oder erst nach Monaten auf die Tagesordnung gesetzt. In all den Jahren hat sich die FLG stets für Transparenz, mehr Demokratie und nachvollziehbare Entscheidungen engagiert. Wir waren und sind keine Neinsager, viele gute Entscheidungen haben wir unterstützt, unser Einsatz galt der Erhaltung unserer Natur- und Kulturlandschaft, der Sanierung alter Bausubstanz, dem sozialen Wohnbau und allen Maßnahmen, die unser Tal positiv und nachhaltig verändern.

Wir glauben an und arbeiten für ein anderes Gsies, das demokratischer, sozialer, ökologischer und gerechter gestaltet werden könnte. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es couragierte Bürger, die mutig und entschlossen vorangehen und auch Taten setzen. Es braucht mehr denn je Personen, die sich in gesellschaftspolitischen Belangen einsetzen, Personen mit Standfestigkeit, Ehrlichkeit und mit viel Gespür für das Allgemeinwohl. Letzthin gab es in Gsies einige gute Initiativen, die sich mit den Werten der Ökologie, der Nachhaltigkeit und dem behutsamen Umgang mit überlieferten Kulturgütern auseinander gesetzt haben. Gsies hat viele Ressourcen, die noch ausbaufähig sind, es gibt noch viele Gestaltungsmöglichkeiten und: vor allem hat Gsies viele gute und kluge Köpfe, die kreativ an neuen Konzepten mitarbeiten könnten.

Mit Unterstützung der Bevölkerung wird sich die FLG auch weiterhin für ein lebenswertes Gsies einsetzen. Es ist unser gemeinsames Tal und es liegt auch an den Gsieser Bürgern, welche Entwicklung unser Tal nehmen wird.

Kulturerbeverein Gsies: heiligt der Zweck jedes Mittel?

Der Kulturerbeverein Gsies sollte gegründet werden, um sich für ein eigentlich löbliches Ziel einzusetzen: den Erhalt von Gsieser Kleinkulturdenkmälern. Dem Verein hätten aber nur Grundbesitzer beitreten dürfen, eine fachkundige Mitsprache (etwa durch das Denkmalamt oder den Heimatpflegeverband) bzw. eine Kontrolle über die Ausgaben der öffentlichen Gelder sollte es nicht geben. Alles nur „hätte“, denn der Verein ist - vielleicht auch weil die FLG öfters auf die Missstände hinwies - offiziell nie gegründet worden.

Dennoch wurde ohne Grundlage fröhlich öffentliches Geld locker gemacht: laut einer schriftlichen Auskunft des Bürgermeisters, Obmann des (überhaupt gegründeten?) Vereines, wurden bis Ende 2013 rund 60.000 € für Instandhaltungsarbeiten an Privatgütern investiert.

Obwohl die Sanierung einiger dieser Objekte (z.B. der Mühlen) durchaus löblich ist, spottet man hier nicht nur dem Steuerzahler, der zahlen, aber nicht mitbestimmen darf, sondern auch denjenigen Bauern, welche bisher auch ohne finanzielle Hilfen auf ihre Kleinkulturgüter achteten, als authentische bäuerliche Kulturbewahrer.

Es stellt sich außerdem noch eine letzte Frage: darf öffentliches Geld auf diese Weise Privatpersonen zur Verfügung gestellt werden?

Gelungene Sanierung

Die Sanierung des Mudlerhofes in Oberpichl, welche 2013 erfolgte, darf als gelungene Altbausanierung hervorgehoben werden. Das Gebäude wurde dabei vom Eigentümer grundlegend erneuert, außerdem wurde zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Das alles geschah behutsam, ohne den landschaftsprägenden Charakter des denkmalgeschützten Bauernhauses zu verfälschen. Kompliment!

Wir laden Sie herzlich ein, verstärkt mitzudenken und mitzureden, denn nur gemeinsam können wir ein lebenswertes Tal gestalten. Wer engagiert dabei sein möchte, wenn Entscheidungen getroffen werden, ist herzlich willkommen, in der Freien Liste Gsies mitzuarbeiten. Meldet euch einfach bei unseren Gemeinderäten, diese werden euch dann zu einer kommenden Versammlung unserer Liste einladen, damit ihr seht, wie der Betrieb so läuft. Vor allem Frauen und junge - oder junggebliebene - Leute sind herzlich willkommen!!!

„Geld regiert die Welt“

Es ist nicht ganz klar, von wem dieser Spruch stammt. Er wurde wohl schon im 1. Jh. v. Chr. sinngemäß von einem Römer namens „Publilius Syrus“ verwendet (In cunctis domina pecunia est – In allen Angelegenheiten herrscht das Geld) und im Laufe der Zeit zum heutigen Ausspruch verkürzt. Dass Geld eine der wichtigsten Grundlagen jeglicher Macht darstellt, scheint also eine uralte Erfahrung zu sein.
Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten hat die Wichtigkeit des Geldes unterschiedlich bewertet: Das reicht von „Geld allein macht nicht glücklich“ bis „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts“ und auch Goethe sagte: „Ein gesunder Mensch ohne Geld ist halb krank.“ Irgendwie steckt in allen Sprüchen ein Teil der Wahrheit.

Besonders in einer Zeit, in der sich die Werteskala einseitig hin zum Materiellen verschoben hat und der Mensch vielfach nur mehr daran gemessen wird, wie viel er besitzt, wie viel er leisten kann und wie viel er als kränklicher oder alter Mensch kostet, muss eine ernsthafte Diskussion über die zunehmenden Ungerechtigkeiten sowohl bei Löhnen und Renten, bei Vermögen, bei der Besitzverteilung einsetzen. Und, falls es nicht schon zu spät ist, wäre die Rückkehr zu echter sozialer Marktwirtschaft und das radikale Brechen mit dem Neoliberalismus sowie ein Zurechtstutzen der beinahe allmächtigen Finanzkonzerne und Schattenbanken eine vordringliche Aufgabe, bevor das ganze Weltgefüge durcheinandergerät und noch mehr Menschen zu Sklaven des Großkapitals werden.
Wir sprechen gerne von Rechts- und Unrechtsstaaten und messen dies daran, ob Regierungen demokratisch innerhalb der geltenden Verfassung Gesetze erlassen. Was aber, wenn bereits Gesetze so gestrickt werden, dass offensichtliche Ungerechtigkeiten per Gesetz zu Recht werden? Leider stecken wir heute in der Situation, dass auch in den so genannten Rechtsstaaten Europas demokratische Strukturen ausgehebelt werden, Lobbys Gesetze diktieren und die Finanzmärkte bestimmen, wie der Staat seinen Haushalt zu erstellen hat. Wenn dazu noch z. B. die Staatengemeinschaft EU den Regierungen vorschreiben kann, dass sie zuerst die Finanzmärkte zu befriedigen haben – koste es, was es wolle – und dann erst das Wohl der Bürger kommt, dann ist das Resultat das, wie wir es jetzt in Griechenland, in Spanien … und wohl auch in Italien haben: Massenarbeitslosigkeit, sinkende Löhne und Renten, Verschleuderung staatlicher Strukturen durch unheilvolle Privatisierungen, Verschwendung durch nutzlose Großprojekte und Aufrechterhaltung oder sogar Verschärfung eines ungerechten Steuersystems, das die Armen ärmer und die Reichen reicher macht. Und jede Diskussion, auch die großen Vermögen stärker in die Verantwortung zu nehmen wird sofort im Keim erstickt. Wir dürfen sie doch nicht enteignen! Warum fragt man nicht einmal danach, ob diese Vermögen rechtmäßig zustande gekommen sind? Ausbeutung, krumme Geschäfte, Finanzspekulation, Privatisieren der Gewinne und Sozialisieren der Verluste, und ...
Häufig wird kommuniziert, die Staaten hätten sich nur wegen der ganzen sozialen „Wohltaten“ verschuldet. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Die maßgebende Wahrheit ist, dass die Steuern für die Vermögenden gesenkt, die Finanzmärkte vollkommen dereguliert und der Wirtschaft weltweite Freiheiten gewährt wurden, ohne gleichzeitig auch weltweite Standards im Arbeitsrecht und in der Sozialgesetzgebung einzuführen. Und dies alles soll jetzt auch noch durch ein weiteres Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa ergänzt werden. Es läuft also alles darauf hinaus, regionale Kreisläufe zu zerstören und Großkonzerne weiter zu begünstigen.
Heiner Geißler hat einmal gesagt: „Es gibt Geld wie Heu, es ist nur in den falschen Händen.“ Und: „Wir können uns ordentliche Löhne und Renten, gute Gesundheitsvorsorge, Altenbetreuung, Bildungseinrichtungen und angemessene Infrastrukturen leisten. Wir hätten auch locker das Geld, um die versprochene Entwicklungshilfe zu finanzieren und so den Hunger in der Welt zu besiegen, wenn endlich energisch mehr Gerechtigkeit eingefordert würde.“
Wir sollten es uns aber nicht leisten, dass 85 der Superreichsten so viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Dieses eklatante Ungleichgewicht gefährdet heute am meisten den Weltfrieden, zerstört die Demokratie und den Glauben an das westliche Wertesystem. Zudem wird von allen Seiten an unserer abendländischen Kultur und an den christlich-sozialen Grundfesten gerüttelt: mit entwurzelten Menschen kann man machen was man will.
In vielen Staaten Europas herrscht nur mehr eine Scheindemokratie: Wenn Wirtschaft, Finanzmärkte, Medien und Politik, ja sogar Justiz verquickt sind, Information von großen Medienhäusern gesteuert wird, Lobbys die Gesetzgebung bestimmen, dann werden Wahlen zur Farce. Dies gilt auch für unser „Heiliges Landl“. Deswegen wäre eine echte Mitbestimmung in Form einer weitgehenden „Direkten Demokratie“ als Ergänzung und wirksame Kontrolle der repräsentativen Demokratie höchst notwendig.

Mobilfunkumsetzer

Bekommt St. Magdalena nun doch noch einen modernen Kirchturm? Scheinbar laufen bereits Verhandlungen darüber und es wurde – soweit bekannt – bereits ein Vorvertrag zwischen einem Grundbesitzer und einem Mobilfunkbetreiber unterzeichnet. Unsere Meinung dazu: Das mehrheitliche „Nein“ der Volksbefragung vom 26.02.12 sollte ernst genommen werden und wir ersuchen die verantwortlichen Entscheidungsträger, alles zu unternehmen, damit den besorgten Bürgern nicht über eine Hintertür dieser Sendemasten vor die Nase gesetzt wird.

Schutzloses Gsies?

Nein, UNESCO-Weltnaturerbe sind wir noch nicht und auch sonst hat Gsies keine neuen Schutzmaßnahmen im Bereich der Natur – und Kulturlandschaft sowie im Gebäudeschutz getroffen. Viel Wertvolles ist bereits der Spitzhacke zum Opfer gefallen, die Natur- und Kulturlandschaft wurde von den Baggern des Bergbonifizierungskonsortiums niedergebaggert. Was ist in Gsies eigentlich dauerhaft geschützt? Keine wertvolle Natur- und Kulturlandschaft wird verschont, kein noch so kleines Bächlein ist von den Fängen der spekulativen Energiewirtschaft sicher. Das Tal ist schutzlos den wirtschaftlichen Interessen ausgeliefert. Spekulanten und Hochstapler haben Hochkonjunktur.
Kein wertvoller Hof ist neu vinkuliert worden, der Denkmalschutz mehr gehasst als geduldet und der Ensembleschutz verstaubt in einer Schublade der Gemeinde. Trotz zahlreicher Schutzbemühungen des Heimatpflegevereins Pustertal und der eigens gegründeten „Natur- und Kulturvereine“ in Gsies sah die Gemeindeverwaltung keinen Handlungsbedarf. Etwas Schönes und Wertvolles zu bewahren und zu erhalten ist nicht so des Gsiesers Wille. Dabei besitzt das Tal immer noch sehr viele einmalige Schönheiten um die uns viele beneiden. Lieber ehrt man schon ausgemusterte SVP-Funktionäre aus dem Südtiroler Veredelungsgewerbe. Es wäre doch höchst an der Zeit eine Ahnengalerie zu errichten, damit all jene Ehrenträger verewigt werden, die sich so für die Umgestaltung und Zerstörung des Tales verdient gemacht haben. Die erfinderische Schöpfungskraft dieser großen Persönlichkeiten war enorm – einige Auserwählte haben wohl Körbeweise Gelder von Bozen erhalten! Bestimmt findet sich ein würdiges Plätzchen, um all die Ehrenträger in großen und überdimensionalen Büsten zu verewigen. Ehre, wem Ehre gebührt!

UNSER Wasser

Dass Wasser Allgemeingut ist, also jedem gleichermaßen gehören sollte, scheint selbstverständlich zu sein. Weltbank, EU, der italienische Staat spielen das Wasser in die Hände der Privaten. Die scheidende Südtiroler Landesregierung war um keinen Deut besser und sah mit Wohlwollen die Initiativen privater und halbprivater Gesellschaften und Konsortien. Das staatsweit durchgeführte Referendum gegen die Privatisierung des Wassers hat bisher noch keine konkrete Konsequenzen gezeigt. Zwei Beispiele in Gsies zeigen, wie weit man in Südtirol noch entfernt ist, Wasser und deren Konzessionen der öffentlichen Verwaltung zu überlassen.

Unterschutzstellung von Wasserläufen

Die Freie Liste Gsies setzt sich für die Unterschutzstellung der noch nicht für die Energiegewinnung verbauten Wasserläufe ein. Bereits vor einem Jahr reichten wir einen diesbezüglichen Beschlussantrag ein. Da wir das Elektrowerk Gsies nicht übergehen wollten, zogen wir den Beschlussantrag zurück, um Vorschläge u. Anregungen des E-Werkes Gsies (EWG) berücksichtigen zu können und vereinbarten mit den Verantwortlichen eine Zusammenkunft. Dabei wurde eines klar: Dem EWG brennt der Hut. Nicht allein der Kampf gegen die Beutegeier der Maibach AG um die Konzession Karbach macht dem E-Werk zu schaffen. Auch andere Private möchten Gsieser Bäche und Bächlein direkt in ihre Brieftasche leiten und haben beim Land bereits Projekte für E-Werke eingereicht. Mit eigenen Projekten - die vermutlich nie realisiert werden, aber viel Geld in den Sand setzen - hechelt nun das EWG hinterher. Die FLG möchte natürlich auch, dass die Wasserkonzession ausschließlich einer Genossenschaft, der alle Gsieser angehören (also dem EWG) gewährt werden würden (oder eventuell auch der Gemeinde).

Einige Fragen stellen wir uns allerdings:

Hat das EWG die Einreichung eines Gegenprojektes zu dem vor einigen Jahren erbauten privaten E-Werk Versell verschlafen?

Warum hat sich das EWG gegen jegliche Unterschutzstellung von Wasserläufen ausgesprochen und öffnet damit den Privaten Tor und Tür.

Wird das EWG in Zukunft beschäftigt sein, Gegenprojekte zu erstellen?

Wird sich die Mehrarbeit auf den Strompreis auswirken?

Gescheiterte Ehe

Inzwischen sind mehr als fünf Jahre vergangen, seit die Gemeinde Gsies und das Bonifizierungskonsortium (BK) für die Gewährung der Trinkwasserversorgung zwangsverheiratet wurden. Die Trauung nahm der damals allmächtige Luis Durnwalder vor - wohl um seinem Liebling, dem BK, durch die Übertragung der Trinkwasserversorgung in Gsies eine Existenzberechtigung für mindestens weitere 15 Jahre zu garantieren.

- Wären die damals getroffenen Vereinbarungen nicht unter einer so schweren Schirmherrschaft gestanden, hätte die Gemeinde - enttäuscht von ihrem hochmütigen Partner - bereits die Scheidung eingereicht. Die Beziehung wird weiter sehr belastet durch die Rügen des Landesamtes für Gewässerschutz an das BK:

- fehlende Konventionen und Konzessionen
- mangelhafte Lieferung der Betriebsdaten
- fehlende Wasserzähler an den Wasserspeichern
- fehlende Ausweisung von Wasserschutzgebieten
- fehlende Führung des Betriebsbuches
- ...

Obwohl das BK demnach nicht in der Lage zu sein scheint, die gesetzlichen Auflagen einzuhalten, beschloss der Gemeindeausschuss trotzdem am 04.11.2013 einstimmig (dem Gemeindesekretär standen dabei sicher die Haare zu Berge) die Liquidierung von 104.500 € an das BK. Damit beglich die Gemeinde eine Kostenaufstellung (nicht eine Rechnung) für die Jahre 2009 bis 2011. Da das Konsortium noch nicht in der Lage war, die Kostenaufstellung für die Jahre 2012 und 2013 vorzulegen, hat die Gemeinde auch beträchtliche Schwierigkeiten eine korrekte Haushaltsplanung für 2014 zu erstellen und sieht durch die bestehende Vereinbarung auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis gefährdet.

In einer Anfrage an die Gemeinde möchte die FLG daher u. a. auch wissen, ob ausreichende Kontrollen und Überprüfungen stattfinden, welche die Kostenaufstellung des BK rechtfertigen u. ob die Gemeinde dem BK die Erfüllung der Erfordernisse zutraut, nach der langen Untätigkeit der Trinkwasserversorgung in den letzten Jahrzehnten.

Die FLG würde es freuen, wenn die Gemeinde sobald als möglich die Scheidung einreichen würde!

Wussten Sie, dass ...

... in der Schweiz seit 2005 historisch wertvolle Bauten renoviert und als Ferienwohnungen vermietet werden. Denkmalpflege und Tourismus werden dazu in der Stiftung „Ferien im Baudenkmal“ zusammengefasst (hier der Link: http://www.magnificasa.ch//). Vielleicht wäre auch in Gsies so etwas möglich.

... von den 116 Gemeinden Südtirols 112 Bürgermeister/Innen der SVP angehören.

... die Gemeinden in Südtirol mit mehr als einer Milliarde Euro verschuldet sind. Die Gemeinde Gsies liegt im mittleren Schuldenbereich und ist mit „nur“ 1.372.960 € verschuldet (Stand: Jänner 2011).

... Gsies die einzige Gemeinde im ganzen Pustertal war, in der beim Referendum über die Direkte Demokratie am 09. Februar eine Mehrheit mit „JA“ gestimmt hat.

Politikkosten

Nicht nur in der hohen Politik werden Traumgehälter bezahlt: der Geldsegen beginnt schon in den Gemeinden. So kann z. B. in einer Gemeinde wie Gsies mit über 2.000 Einwohnern ein einfacher Referent für seine politische Tätigkeit, die er neben seinem eigentlichen Beruf ausübt, bereits monatlich mit rund 1.000 € netto entlohnt werden. Zusätzlich muss die Gemeinde noch die für Sitzungen freigestellten Stunden dem privaten Arbeitgeber rückvergüten. Das verursacht für eine Gemeinde dieser Größe allein für die 4 Referenten (ohne Bürgermeister) im Jahr ca. 60.000 € (300.000 € in 5 Jahren) an Kosten.

Ob so etwas angemessen oder gerechtfertigt ist, darüber kann sich jeder selbst seine Gedanken machen. Vielleicht fragen Sie mal einen Arbeiter, eine Verkäuferin oder Frisörin, die für kaum mehr Lohn tagtäglich 8 Stunden (echt) arbeiten.

Familienfreundliche Gemeinde?

Während andere Gemeinden in Südtirol die Familien durch verschiedene Maßnahmen (wie z.B. Ermäßigungen beim Müll für Familien mit Kleinkindern oder eine Mitfinanzierung der Kinderbetreuung) unterstützen, blieb und bleibt es in Sachen Familienfreundlichkeit auch weiterhin still in unserem Tal.
Um den Gemeinderat auf das immer drängendere Problem der Kleinkinderbetreuung hellhörig zu machen, wurde von der Freien Liste Gsies ein Beschlussantrag eingereicht, welcher eine Bedarfserhebung zu einer möglichen Einrichtung einer Kindertagesstätte (evtl. in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Welsberg) vorgesehen hätte.
Mit Verwunderung musste die FLG zur Kenntnis nehmen, dass es der Gemeindeausschuss nicht als notwendig erachtete, sich durch einen geringen Aufwand bei den Familien zu erkundigen, welche Bedürfnisse sie im Bereich der Kinderbetreuung hätten. Vielmehr kam dieser zum Schluss, dass man sich eine solche Einrichtung weder leisten kann, noch, dass ein Bedarf da sei.
Das Wort gegen eine Befragung führte ausgerechnet die Sozialreferentin(!). Sie war der Meinung, dass junge Familien kein Interesse an einer Betreuungseinrichtung hätten, leider aufgrund subjektiver Wahrnehmung und nicht ernsthafter Auseinandersetzung mit Betroffenen. Der Antrag wurde (wohl um vor den Landtagswahlen nicht gegen die Linie der eigenen Partei als familienfeindlich zu gelten) vertagt, und später aufgrund der fehlenden Mehrheit zurückgezogen.
Schade ist, dass die Gemeinde es nicht als wichtig empfindet, sich ein Bild der Situation zu machen, tragisch, dass sich gerade die Referentin für Soziales als vehementeste Gegnerin dieser sozialen Maßnahme entpuppt hat. In unseren Augen eine Kurzsichtigkeit, denn der im Verhältnis zu anderen Maßnahmen relativ geringe finanzielle Aufwand würde die jungen Familien unterstützen und so langfristig der Abwanderung entgegenwirken.
Erfreulich hingegen ist, dass sich auf Landesebene etwas zu bewegen scheint: so wurde mittlerweile das Kindergeld erhöht und die bisher für viele nicht leistbaren Tagesmuttertarife an diejenigen der Kleinkindertagesstätten angeglichen.
Ein Dank gilt den Familienverbänden von St. Magdalena und Pichl, welche unsere Bemühungen in Stellungnahmen unterstützten und/oder begrüßten. Der Familienverband St. Martin hingegen betrachtete sich eigenartigerweise als nicht zuständig.
Aber vielleicht müssen hier noch einige - vor allem parteipolitische - Schranken im Tal überwunden werden, um das Lösen von sozialen Problemen als gemeinsame Priorität anzuerkennen.

Eine Wahlfreiheit, die noch keine ist

Eine Wahlfreiheit für Frauen, entweder zu Hause ihre Kinder selbst aufzuziehen und dafür Anerkennung, Lohn und Rente (!) zu erhalten, oder aber ihren Beruf auch weiterhin auszuüben und ihre Kinder beruhigt und ohne größere finanzielle Einbußen betreuen zu lassen, ist leider noch nicht möglich. Von der gesellschaftlichen Wertschätzung für diese - meistens weibliche - Meisterleistung ist unsere Gesellschaft weiterhin meilenweit entfernt.
Eine Wahlfreiheit ist dringend nötig, das stimmt schon. Auf Gemeindeebene können wir von der FLG uns aber nur für eine angemessene Kinderbetreuung einsetzen, nicht weil wir gegen eine Betreuung zu Hause sind, aber weil die FLG leider keine Löhne oder Rentenangleichungen vornehmen kann. Nicht alles liegt in unserer Hand, aber Anstöße zu Machbarem (wie eben einer verbesserten Kinderbetreuung) liefern wir gerne. Aufgabe der Mehrheit im Gemeinderat bleibt es, sich damit auseinanderzusetzen.

Gesunde Gemeinde Gsies

Die Gemeinde Gsies hat erfreulicherweise in ihrer Veranstaltung „Gsies wo geats hin?“ wieder den Faden aufgenommen, um unter Mitbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine Richtung zu suchen, in die sich unser Tal entwickeln könnte.
Bedauerlich ist, dass die hinzugezogene Stiftung Vital, welche der Gemeinde Gsies immerhin eine Summe im fünfstelligen Bereich in Rechnung gestellt hat, der Bevölkerung vorgeworfen hat, sich nicht genügend an den Veranstaltungen zu beteiligen.
Während aber die Gsieserinnen und Gsieser rege an einer Fragebogenaktion teilgenommen und in vielen Arbeits- und Gesprächsgruppen nach Lösungen gesucht haben, hat die Stiftung Vital gerade einmal eine kurze Zusammenfassung der Fragebögen zur Gesunden Gemeinde abgeliefert und diese ernsthaft als „Studie“ bezeichnet. Da will wohl jemand auf Kosten der Gsieser Witze machen?
Eine Studie, welche diesen Namen und vor allem dieses Geld wirklich verdienen würde, sollte aber nicht nur eine grobe Zusammenfassung von ersten Ergebnissen aus den Fragebögen sein, sondern müsste die einzelnen Antworten auch analysieren, untereinander in Verbindung bringen und schlussendlich mit Forschungsergebnissen anderer alpiner Orte vergleichen. Nur so können Schlüsse für eine nachhaltige Entwicklung in unserem Tal gezogen werden!

Kommunale IRPEF-Steuer

Welch einem Arbeitnehmer ist sie nicht aufgefallen auf seinem Gehaltszettel, die kommunale IRPEF-Steuer? Im Hochpustertal war Gsies die einzige Gemeinde, welche von ihren Arbeitnehmern und Pensionisten diese Steuer einhob. Nach Meinung der Gemeindeverwalter eine gerechte Steuer, obwohl doch nur diese zwei Gruppen zur Kasse gebeten wurden.
Der FLG stets ein Dorn im Auge wurde sie auch immer angeprangert, was schlussendlich auch zum Ziel geführt hat, so dass sie im Jahre 2010 abgeschafft wurde.
Somit wurde die soziale Gerechtigkeit wieder hergestellt und den Arbeitnehmern und Pensionisten bleiben seitdem ein paar Euro mehr im Monat in der Tasche.
Ein kleiner Erfolg der uns Kraft für die weitere Arbeit gibt.

http://freielistegsies.wordpress.com//

Schau doch mal rein

Impressum:
Herausgeber:
Freie Liste Gsies (St. Martin 10b - 39030 G S I E S)
Redaktionsteam:
Mitglieder der Freien Liste Gsies
Druck und Auflage:
PIXIE Bruneck - 700 Stück - Selbstverteilung